

2. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 30.05.2018

Beginn: 19:04 Uhr – UL 6 – HS 1072

Ende: 00:00 Uhr

Fortsetzung der 2. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 21.06.2018

(Protokoll der Fortsetzung der Sitzung weiter unten)

Abstimmungsergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen

Abkürzungen der Listennamen, so weit diese nicht selbst von der Liste verwendet werden (z.B. Jusos): PoS Power of Science, Eu3T Ewig und 3 Tage, BuT Bildung und Transparenz, LGV LinksGrünVersifft, SHL Säkulare-Humanistische Liste, LHG Liberale Hochschulgruppe, StupaProg StuPa Progressiv, LiLi Linke Liste, LuSt Liste unabhängiger Studierender
Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a625>

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

Begrüßung durch das Präsidium.

1.3 Beschluss der Tagesordnung

Johannes (SchwuLis): bittet darum, Top 4.4 zu verschieben nach 5.6 weil parallel die Wahl zum Fako-Referat gerade in der Sitzung der FRIV (Fachschaftsräte- und initiativenversammlung) stattfindet.

- Änderung der TO per Akklamation angenommen, TOP 4.4 verschoben auf nach 5.6 -

Jonathan (Referat Lehre und Studium): bittet darum, wegen Dringlichkeit einen neuen Antrag zu einem Musterverfahren auf TOP 5.0 setzen.

- Änderung der TO per Akklamation angenommen, TOP 5.0 ergänzt -

Bengt (JuSos): LGV und Jusos möchten einen Antrag zur Partizipation einbringen, als Reaktion auf PoS et al. Antrag zur Partizipation deshalb gerne unter TOP 5.3

Jakob (Präsidium): Klärung, was das für eine Art Antrag ist.

Kim (PoS): plädiert dafür, beiden Anträgen zuzustimmen, bezeichnet den neuen Antrag als komplementär.

Kinan (Bafög): Frage, warum Antrag erst jetzt kommt.

Bengt (JuSos): Antrag von PoS ist erst vor einer Woche verschickt worden, deshalb war Antrag angemessen zeitnahe Reaktion.

Constantin (LGV): bestärkt, dass es sich um einen Alternativ- und nicht Komplementärantrag handelt.

- Antrag auf Aufnahme des Antrags in die TO: (viele/wenige/7) - Antrag angenommen -

2. Bestätigung des Protokolls der 1. Sitzung (26. StuPa) vom 26.04.2018

Änderung des bereits anhand der per Mail eingegangenen Änderungen angepassten Protokolls zwei weiteren Punkten.

- Protokoll vom 26.04.2018 per Akklamation angenommen -

3 Mitteilungen und Berichte

3.1 Präsidium

Feline (Präsidium): das Präsidium ist gerade in der Einarbeitungsphase, deshalb alles noch etwas holprig. Entschuldigung für Verzögerungen. Hinweis zur Mitteilung von Adressänderungen: Frage nach Marleen, deren Brief zurück gekommen ist. Eine Person pro Liste, die elektronische Einladung erhält. Bitte nicht dazwischen zu rufen oder zu filmen.

Jakob (Präsidium): bittet um eine Hand Abstand vom Mund zum Mikrofon.

3.2 RefRat

Berichte werden mündlich vorgetragen: Publikation, Soziales, Politisches Mandat, Kultur, queerfem, Finanzen, FaKo, Internationales, HoPo, StuKi, Lehre und Studium

Referat für Publikation: HUCh (Nr. 87 aktuell) Herausgabe, Vorstellung der einzelnen Rubriken in der Zeitschrift, Organisation der Büromittel im Refrat, Publikationsvorhaben werden begleitet, Augenmerk auf Krisen der Gesellschaft und emanzipatorisches Potential in Hochschule und Studierendenschaft, Betonung der großen Nachfrage

SozRef: Stellenbetreuung, Koordination mit DGB, Enthinderungsberatung neue Person wird eingestellt, genauso bei Arbeitsberatung: Bewerbung bis 15.06. per E-Mail

PM&Datenschutz: Aussagen der verfassten Studierendenschaft überprüft, politisches Engagement der Studierendenschaft ermöglichen, Berliner Hochschulgesetz überprüfen und mit Tatsachen abgleichen (Grenze Hochschulpolitik und „Allgemeine Politik“ wird von Uni aufrecht erhalten) Datenschutz wird überprüft, gerade bei neuem Gesetz wichtig

„AG Transpersonen“ Treffen mit der Präsidentin und dem Haushalt organisiert, Hauptanliegen momentan: Immatrikulation von Transpersonen unter richtigem Namen

Kultur: fördert studentische kulturelle Vorhaben und Projekte, eigene Veranstaltungen z.B. Verhältnis AfD und Islam Vortrag mit Volker Weiß, Tontechnik verwalten

queerfem: Betreuung der Antidiskriminierungsberatung; Betreuung von Anträgen; Arbeit zu der Lage von trans Personen an der Hochschule weiterhin im Vordergrund: Aktionswoche angedacht mit der berlinweit vernetzten AG TransHopo, Landeskonzferenz der Rektor_innen und Präsident_innen der Berliner Hochschulen richtet eine Arbeitsgruppe zum Thema „Trans-Personen - rechtssicherer Umgang an Hochschulen?“ zwischen FU, HU, TU, UdK und dem Land ein, wir sollen ein_n Vertreter_in benennen, um das erste Treffen vorzubereiten

FinRef: 3 Anträge der heutigen TO mitbekommen und betreut. Mit Rechtsaufsicht beschäftigt: Uni will Namenslisten. Grundlage ist Verwaltungsvereinbarung von 2014. Jahrelang war die Uni nicht interessiert, jetzt nach Antrag der AfD fragt Unileitung. Unsere Antworten werden ignoriert, auf datenschutzrechtliche Bedenken und Anfragen wird nicht eingegangen. Stattdessen wird über die Presse kommuniziert und gesagt, man wolle für Transparenz Sorge tragen. Studierendenschaft ist aber in dieser Sache autonom. Der Refrat ist Vertretung der Studis und nicht Mitarbeiter der HU. Trotzdem unter Zeitdruck Beantwortung von 11 Fragen aus neuer AfD Anfrage, die vorher erst eine Woche bei

der Rechtsabteilung gelagert hatte und nicht weitergeleitet wurde. Zudem: Satzung ist, entgegen der Aussagen der HU in der Presse, nicht missverständlich, sie ist von Studierenden beschlossen und darf nicht von der Uni eingeschränkt werden, sie ist rechtskonform und obliegt kann nur von den studentischen Gremien verändert werden. Plädiert für Zusammenarbeit mit StuPa-Listen, um Autonomie zu wahren.

FaKo: Ende der Amtsgeschäfte mit der Wahlfriv am 30.5.: Organisation u. Durchführung; Treffen mit Kandidat_innen um ihnen die Arbeit zu zeigen; Tagesgeschäfte mit dem Ziel, alle Mails und to-do's abzuschließen für die Amtsübergabe

Internat: Wiederwahl. Bewerbung steht noch auf der TO, 12.-14.06 „Contre le racisme“ Festival an FU mitorganisiert. Soli Erklärung für thailändischen Studierenden, der in Thailand im Gefängnis sitzt, bisher schon große Wirkung gezeigt. Weist schonmal auf Konferenz in einem Jahr hin.

HoPo: Arbeit in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung: AS, EPK, LSK; kritische Begleitung der Einrichtung des Instituts für Islamische Theologie; Vorbereitung auf das nächste Treffen der AG Demokratische Hochschule; Vernetzung über die LandesAstenKonferenz (LAK); mit dieser: Treffen mit den Wissenschaftspolitischen Sprecher*innen von R2G

StuKi: Beratung, Teilnahme an Teamsitzung des Kilas und an Kommissionen und sonstige Gremien, Personalverwaltung, weitere Bedarfsermittlung, Beschaffung und Einrichtung des Kilas, Erfüllung der Vss für die Erweiterung der BE (u.a. Kinderschutz, Träger- und Pädagogisches Konzept, Brandschutz, Hygiene, wie Belehrungen über Gefahren in Zusammenarbeit mit den Betriebsärzten der HU-Charite und die betriebsärztliche Betreuung des Personals des Kilas durch die HU), Zusammenarbeit mit der TA wegen verschiedener Angelegenheiten (z.b. Mängelbeseitigung, Baubesprechungen, Mülltonnenproblematik und regelmäßige Baubegehungen), Zusammenarbeit im KORA (HU, Stuwe-Kita Die Lupe, Elternvertreter_innen des Kila Die Humbolde und dem Referat Stuki, Strukturierung der Zusammenarbeit zwischen Stuki, Kila, Elternnetz und noch hinzukommende weitere Akteur_innen, Organisation des Familienfestes.

Referat Lehre und Studium: Beratung; Rechtsberatung; Mails beantworten (auffällig waren viele Nachfragen zum Thema Einklagen und Rückstufungen von vorläufig im Master Immatrikulierten); LSK 14.5.; AG Erhöhung der Erfolgsquote

LGBTI: VV am 16.05., Planungstreffen für Semesterprogramm. Planung eines Drag*Workshops. AG Trans* Hopo.

Präsidium: Organisatorischer Hinweis, dass in StuPa-Sitzungen nicht gefilmt werden darf.

3.3 Weitere Berichte

Anna, Tobi (Bafög-Beratung): stellen eine Präsentation zu Fallzahlen der Beratung vor. Fazit: stetiger Anstieg von Beratungen und Überlastung. Deshalb auch Überlegungen keine extra Mail über Verteiler zu schicken.

Manuel (SHK-Tarifkampagne und Streikgruppe): berichtet zum Stand der Dinge bei TV-Stud (inzwischen 2 Jahre Verhandlungen). Es waren ursprünglich 14 Forderungen, die jetzt auf 3 gekürzt wurden innerhalb der Verhandlungen. Streik hat zunächst Wirkung gezeigt, aber jetzt: Hochschule stellt sich immer noch quer besonders bei Dynamisierung, dabei gibt es durch eine Zusage zur Finanzierung durch das Land Berlin sogar ein Budget von Seiten der Hochschule. Letzte Woche gab es Gespräche in denen Kompromisse gemacht wurden (12,50€ neue Forderung ab 01.01.18) Uni sagt an für nächstes Jahr neue Verträge, das ist aber zu wenig. Streikaufruf für nächste Woche.

Nikita (Gast): wie begründet die Universität die Verzögerung?

Manuel (Streikgruppe): vermutet auch Strategie der Uni, auf Zeit zu spielen, Uni sagt Budget sei nicht zu leisten, außerdem sei studentische Arbeit eine andere als die der anderen,

Hochschulbeschäftigten, „man könne ja auch Äpfel nicht mit Birnen vergleichen“.

4. Wahlen und Bestätigungen

Es bildet sich eine Wahlkommission: Schada(Eu3T)/Lisa(LuSt)/Andreas (LiLi).

4.1 Referat für Internationales

Fabio stellt sich vor.

Kinan (Bafög): Frage nach Erasmus-Aufenthalt.

Fabio (InterRef): Flüge von London aus nach Berlin sind günstig, außerdem ist er immer ansprechbar.

Harit (FSI Charite): Frage nach kommenden Aufgaben.

Fabio (Internat): wiederholt, dass er sich besonders für die Organisation von Konferenzen und Weiterbildungsangebot einsetzen möchte.

- Pause 20:35 bis 20:54 -

- Fabio ist gewählt (33 / 20 / 5) bei einem Quorum von 30 -

4.2 Referat für Studieren mit Kind(ern)

Schada (StuKi) erzählt, dass momentan alles sehr stressig ist, auch aufgrund des Umzugs. Bittet um kommissarische Verlängerung für Feline und sie.

- Antrag auf kommissarische Verlängerung - (viele / 0 / 3) Antrag angenommen -

4.3 LGBT*I Referat

Julia und Johannes wurden von der Vollversammlung gewählt und referieren über kommende Aufgaben: Workshop Drag, mehr Vernetzungsarbeit, Teilnahme an Weiterbildung, AG Trans Mitarbeit.

João (LuSt): wie viele Leute waren bei der Vollversammlung?

Johannes (SchwuLis): 18 haben sich dieses Jahr an der Wahl beteiligt.

*- Bestätigung durch das StuPa (viele / 0 / 1): LGBT*I Referat angenommen -*

5 Anträge

5.0 Dringlichkeitsantrag: Musterverfahren

Antragssteller*innen: Referat Lehre und Studium, Vertreten durch: Jonathan

Jonathan (Referat Lehre und Studium): es geht um die vorläufige Master-Bewerbung mit Nachreichung des Bachelor Zeugnisses, es gibt rechtliche Möglichkeit der Verlängerung der Frist bis zur Einreichung des Bachelor-Zeugnisses (bei Streik, Verzögerung der Korrektur etc sinnvoll) – nun ist aufgefallen, dass Studienverwaltung diese Anträge ablehnt, selbst wenn die HU selbst Verzögerung verschuldet hat, das hat zur Folge, dass die Antragssteller*innen teilweise ein Jahr warten müssen bis zur nächsten Bewerbung. Nun soll ein Eilverfahren initiiert werden, um den Studierenden zu helfen. Um das Musterverfahren zu unterstützen werden 3000€ beantragt.

Dominik (LHG): Wie sehen denn diese Nachreichungsfristen aus?

Jonathan (RefLS): unterschiedlich.

Dominik (RCDS): Absage von Prüfungsamt oder Immatrikulationsbüro?

Jonathan (RefLS): Immatrikulationsbüro.

Laura (Stupa prog): ist irritiert von genannten Fristen.

Jonathan (RefLS): ist unterschiedlich, deshalb will er sich nicht festlegen.

Dominik (LHG): hatte das gleiche Problem, meint aber die Fristen wären ok.

- Abstimmung (viele / 2 / 1) - Antrag angenommen -

„Zum Durchführen eines Musterverfahrens gegen die Ablehnung von Verlängerungsanträgen für vorläufige Masterzulassungen werden bis zu 3.000 € aus den Geldern des Studierendenparlamentes für Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren gewährt.“

5.1 TV-Stud

Antragsstellende Liste: Die Linke.SDS, Vertreten durch: Mert

Mert (SDS): TVStud ist immer noch aktuell, deshalb Antrag auf Stellungnahme zur Unterstützung des 2-wöchigen Warnstreiks im bereits geänderten Antrag.

Kinan (Bafög): findet den Antrag begrüßenswert, aber fordert Änderungsvorschläge um seriöser zu wirken.

Laura (StupaProg): Fakten überprüfen, fordert Quellen dazu zu schreiben.

Präsidium: Hinweis - Änderungsantrag muss schriftlich eingereicht werden.

Mert (SDS): übernimmt Änderungsanträge nicht.

Bengt (JuSo): bestärkt den Antrag von Mert.

Laura (StupaProg): wünscht sich, dass jemand genauer recherchiert.

João (LuSt): fragt sich warum denn nun schon so lange diskutiert wird. Solidarisierung mit streikenden SHK sollte für das StuPa selbstverständlich sein.

Alişan (Bafög): unterstützt den Antrag, aber Text soll eben diplomatischer sein.

Dominik (LHG): möchte wie Laura Änderungen vornehmen, allerdings ohne schriftliche Ankündigung.

Mert (SDS): ist damit einverstanden, dass „(...) unverhältnismäßig“ gestrichen wird.

- Abstimmung für Änderungsantrag (einige / viele / 1) - Antrag ist abgelehnt -

- Abstimmung Antrag (viele / 0 / 1) - Antrag ist angenommen -

„Das StuPa der Humboldt-Universität zu Berlin verurteilt die groteske Verhandlungsstrategie der Hochschulleitungen in den Gesprächen mit der Tarifkommission des TV-Stud und fordert diese zur unverzüglichen Lohnerhöhung bei den studentischen Beschäftigten auf. Ferner solidarisiert sich das StuPa weiterhin uneingeschränkt mit den studentischen Hilfskräften. Der kommende zweiwöchige Warnstreik von Montag, 4. Juni, bis Samstag, 16. Juni 2018, wird vom StuPa ausdrücklich unterstützt.

Die systemimmanente Abwertung der akademischen Arbeit dauert weiter an. Für die über 8000 studentischen Beschäftigten in Berlin regelte bisher der Tarifvertrag (TV Stud II) die Arbeitsbedingungen. Die letzte Tarifierhöhung im Tarifvertrag ist aus dem Jahr 2001 und liegt damit fast zwei Jahrzehnte zurück. Und das, obwohl die

historische Inflation seit 2001, zusammen mit den Preisentwicklungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt, deutlich höhere Lebenshaltungskosten für studentische Beschäftigte zur Folge haben. Trotz dieser sich schon damals anbahnenden, verschärften Lebensbedingungen und der stetigen Geldentwertung haben die Hochschulen im Jahr 2004 zusätzlich die Zahlung des Weihnachtsgeldes einseitig ausgesetzt.

Mit dem Unterlassen einer Tarifierhöhung wird die getragene Verantwortung der studentischen Hilfskräfte nicht angemessen entlohnt. Dieser Zustand ist für die Arbeitskräfte der Berliner Hochschulen untragbar und wird der Arbeit der Beschäftigten nicht ansatzweise gerecht. Auf die Beschlusslage des 25. StuPa der HU vom 24. Januar 2018 wird hingewiesen.

Bei den Verhandlungsrunden zwischen den Hochschulleitungen und der gewählten Tarifkommission ist im Mai eine Einigung weiter ausgeblieben. In der letzten Verhandlungsrunde am 24. Mai haben es die Arbeitgeber erneut abgelehnt, eine verbindliche Regelung zur künftigen Ankopplung des Stundenlohns an die Lohnentwicklung der hauptberuflich Hochschulbeschäftigten zu vereinbaren. Ebenso wenig sind sie bereit, den Lohn über ihr bisheriges Angebot von 12,13 € hinaus anzuheben, um dem über Jahre aufgelaufenen Reallohnverlust Rechnung zu tragen. Die Hochschulen sehen die studentisch Beschäftigten weiter als Beschäftigte zweiter Klasse an und wollen daher langfristige regelmäßige Lohnerhöhungen verweigern. Die Landesregierung in Berlin hat dazu in einer gemeinsamen Presseerklärung bereits deutlich gemacht, dass die Hochschulen in den Hochschulverträgen dazu verpflichtet wurden, die Löhne der Beschäftigten anzupassen. Die monetären Mittel für diese Maßnahme stehen den Hochschulen demnach bereits zur Verfügung.

Diese zynische Verhandlungspolitik soll den Frust der Beschäftigten dämpfen, sie für weitere fünf Jahre vertrösten und die Motivation für einen Streik endgültig brechen. Die Angleichung der Arbeitsbedingungen an den Wandel in der sozialen Umwelt und der damit verbundene, dauerhafte Anstieg der Reallöhne ist längst überfällig.“

Schada (Eu3T): bittet um kurze Redebeiträge mit Hinweis auf letzte Sitzung.

5.2 Partizipation PoS et al.

Antragsstellende Liste: PoS et al. vertreten durch: Kim

Kim (PoS) stellt den Antrag vor, freut sich über Vernetzung, ist erschreckt über AfD Vergleich der IYSSE, distanziert sich und seine Liste von AfD, plädiert für (Teil)Annahme des Antrags, sieht Antrag der LGV und Jusos als Komplementärantrag.

- GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung 1:30 Minuten (viele / 10 / 3) Antrag angenommen -

Fabio (Internat): man kann sehen wann Referate gewählt werden. Außerdem sieht er nicht, dass Antrag der AfD Einhalt gebietet

Kim (PoS) geht nicht klar aus Protokollen hervor wann gewählt wird

Beatrix (StupaProg) soll nur ein kleiner Erfahrungsbericht des RefRat sein

Laura (StupaProg) bestärkt Beatrix

Matthias (Grünbolde) bürokratischer Mehraufwand wird mit Politik verwechselt, Partizipation

wird durch Basis/Fachschaftsarbeit gefördert

Harit (FSICharite) wer nicht weiß wo er sich informieren kann, wird nicht partizipieren

Kim (PoS) ist als Antragsteller damit einverstanden, dass Antrag verändert wird, weist auf einen nicht näher benannten Referenten hin, der sein Mandat denunziert hat

Laura (StupaProg) ist traurig über IYSSE Plakate, fordert respektvollen Umgang

Sven (IYSSE) Antrag ist eine Fortsetzung des AfD Antrags

Harit (FSICharite) meint er hätte keinen Grund sich mit der AfD zu solidarisieren,

Kim (PoS) bezieht sich auf IYSSE und weist zurück, dass unvorteilhafte Anträge ja geändert wurden

David (RCDS) Vorwurf der Beziehungsausnutzung, verurteilt die Gleichsetzung von CDU und AfD

Kinan (Bafög) plädiert für Antrag

Beatrix (StupaProg) für Studierende soll es einfacher sein an Infos zu kommen

João (LuSt) Politik ist kein Job, sondern wird aus Interesse gemacht, Listen sind diejenigen, die Studierende mobilisieren sollen und können

Kim (PoS) möchte, dass der RefRat bei Bewerbung der ausgeschriebenen Stellen hilft

Lisa (LuSt) Protokollbestätigung braucht Zeit aus Gründen der Sorgfalt und der Korrektur. Findet außerdem Forderung nach Transparenz hinsichtlich des vorigen unprotokollierten Treffens der antragstellenden Listen fragwürdig.

Kim (PoS) mag die AfD nicht.

Beatrix (StupaProg) Treffen vorher ist nicht intransparent, weil Antrag öffentlich vorgestellt wird

Tobias (Bafög) autonome Gruppen geben sich selbst eine Geschäftsordnung. Darauf hat man keinen Einfluss, Anwesenheitslisten sind verboten.

Andreas (LiLi) Es ist an euch, Studierende für das StuPa zu mobilisieren

- GO Antrag zum Abbruch der Debatte (25 / 23 / 6) Antrag angenommen, Debatte abgebrochen-

- Änderung des Antrags von Antragssteller -

(Abstimmung über Annahme des Antrags muss 2/3 Mehrheit haben, weil Abweichung von der GO. Unstimmigkeiten, Tumulte und Diktaturvorwürfe bezüglich der Verfahrenscoordination)

- Abstimmung über Antrag Partizipation (26 / 29 / 1) - Antrag abgelehnt -

Johannes (Schwulis) beantragt die Vorziehung von der FaKo Bestätigung

- Antrag auf Änderung der TO (viele / 1 / 2) - Antrag angenommen -

4.4 Referat für Fachschaftscoordination

Rita stellt die Referent*innen vor

- Bestätigung der Referent*innen (viele / 0 / 2) – Referent*innen sind angenommen -

- Pause 22:40 bis 22:54 -

5.3 Partizipation LGV et al.: „Ständiges Gremium zur Stärkung der politischen

Partizipation der Studierendenschaft“

Sophia (LGV) betont, dass es wichtig ist konstruktiv zu arbeiten, dabei festgestellt, dass es schwierig ist mit allen Listen einen Antrag zu stellen. Als neue Liste ist es schwierig die Lage einzuschätzen, deshalb haben Treffen mit Refrat und „Betroffenen“ organisiert

Constantin (LGV) und Bengt (JuSo) lesen abwechselnd den Antrag vor

Lotte (LGV) Thema der Partizipation ist relevant und wird verwechselt mit teilweise toxischen Transparenzvorwürfen, praktikabler Antrag und konstruktiv

- GO Antrag auf Redezeitbegrenzung 1:30 (viele / 6 / 2) Antrag ist angenommen -

Mert (SDS) beschwert sich, dass an Vorbereitungstreffen nur 9 Listen teilgenommen haben und am „falschen“ Demokratieverständnis der Listen, die nicht mit anderen Vertreter*innen reden möchten

Felix (Bafög) Änderungsantrag für Ergebnisveröffentlichung der AG am Beginn des Semesters
Bengt (JuSo) Protokoll jeder Sitzung soll dem StuPa zugetragen werden

Katja (IYSSE) lehnt Antrag ab, wirft den Listen vor, dass sie auf Anfrage der AfD eingehen.

Kim (PoS) begrüßt den Antrag und findet es schade, dass sie nicht mit bei Formulierung dabei sein konnten

- GO Antrag auf Schließung der Redeliste (viele / 6 / 8) - Antrag angenommen -

Beatrix (StupaProg) reagiert auf IYSSE, Probleme die von AfD aufgeworfen werden, müssen angegangen werden.

Dennis (RCDS) betont die Demokratie im StuPa. Begrüßt den Antrag.

Laura (StupaProg) begrüßt den Antrag und versteht IYSSEs Strategie nicht.

Julian (LHG) Antrag in der Tendenz zustimmungsfähig, Änderungsvorschlag Vorsitz soll per Losverfahren festgelegt werden, Änderungsantrag wird vorgestellt

Katja (IYSSE) Änderungsvorschlag wird vorgestellt

Domi (LHG) ist gespannt auf den Arbeitskreis

Alex (SHL) begrüßt den Antrag. Frage an die Antragsstellenden, wer AK einleiten wird.

Bengt (JuSo) Arbeitsgruppe soll selbst entscheiden über ihre Arbeitsweise und Mitglieder, spricht sich gegen das Losverfahren aus

Lotte (LGV) steht gegen IYSSE Antrag, der ihr nicht zugänglich wird. Partizipation hat nichts mit AfD zu tun.

- Änderungsantrag der IYSSE (13 / viele / 7) - Antrag ist abgelehnt -

- 1. Änderungsantrag der LHG (10 / viele / 14) - Antrag ist abgelehnt -

- 2. Änderungsantrag der LHG (13 / viele / 8) - Antrag ist abgelehnt

- geänderter Antrag LGV und JuSo (viele / 2 / 15) - Antrag ist angenommen -

„- Präambel -

Ziel dieses Antrages ist, die politische Partizipation der Studierenden langfristig zu stärken.

Mit diesem Beschluss wehrt sich das StuPa gegen die politische Vereinnahmung und Instrumentalisierung der Debatte um Transparenz durch politische Akteure von außen,

insbesondere durch die sogenannte „Alternative für Deutschland“.

Das StuPa spricht sich darüber hinaus gegen die Einmischung seitens der Universitätsleitung in die Belange der verfassten Studierendenschaft aus. Studentische Gremien sind nicht dem Abgeordnetenhaus oder der Universitätsleitung, sondern nur den Studierenden rechenschaftspflichtig.

*Zudem bekräftigt das StuPa die Solidarität mit den Referent*Innen und die Wertschätzung ihrer Arbeit für die Studierendenschaft.*

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe -

(1) Das StuPa beschließt die Gründung einer ständigen Arbeitsgruppe nach § 3 Absatz 3 der Satzung der Studierendenschaft mit den folgenden Zwecken

1. Erarbeitung von Vorschlägen zur Steigerung der öffentlichen Präsenz der Hochschulpolitik

2. Erarbeitung von Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligungen bei studentischen Wahlen

3. Klärung der vorgeworfenen Problematik bezüglich Amtszeitüberschreitungen

*4. Klärung der vorgeworfenen Problematik bezüglich Informationszugängen (2) Im Sinne des § 10 Absatz 1 der GO entsendet jede Liste des StuPa ein Listenmitglied in die Arbeitsgruppe als Mitglied derselben. Jedes Mitglied der Arbeitsgruppe hat Stimmrecht. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe sind allen Studierenden der HU zugänglich. Rederecht zu inhaltlichen Fragen hat jede*r Student*in der HU.*

(3) Die Arbeitsgruppe soll tagen, bis sie die ihr aufgetragenen Aufgaben nach ihren Möglichkeiten erfüllt hat. Die Arbeitsgruppe löst sich auf,

1. mit Ablauf des Jahres 2018, sofern das StuPa nicht seine befristete Verlängerung beschließt

2. wenn das StuPa seine Auflösung beschließt

3. wenn die Arbeitsgruppe ihre Auflösung beschließt.

(4) Die Arbeitsgruppe kann über die eigene Arbeitsweise selbst entscheiden, soweit das StuPa keine Bestimmungen beschließt, die die Arbeitsweise regulieren.“

5.4 AG Röhre: Technische Ausstattung

Hans (AG Röhre/Lust) Antrag ist bekannt, erzählt von Projekten, die bereits in der Röhre durchgeführt wurden und die dort durchgeführt werden können.

- Abstimmung Antrag (viele / 0 / 0) - Antrag ist angenommen -

Das StuPa beschließt, für die weitere technische Ausstattung der Röhre 5.000 € für Tontechnik, Lichttechnik, Videotechnik, Baumaterial und Zubehör zur Verfügung zu stellen.

5.5 Generation Nachhaltigkeit: Konferenz

Generation Nachhaltigkeit stellt Konferenz vor

Constantin (LGV) bedankt sich für den Antrag
Matthias (Nachhaltigkeitsbüro) begrüßt den Antrag auch

- Abstimmung Antrag (viele / keine / 2) Antrag ist angenommen -

*Das Studierendenparlament beschließt, 990 € für die Aufwandsentschädigungen
Mitwirkender und Druckkosten zur Durchführung der Konferenz „Generation
Nachhaltigkeit?!“ in einer Vorauszahlung bereitzustellen.*

- GO Antrag für Vertagung der Sitzung aufgrund der Uhrzeit - Gegenrede -

- Abstimmung (22 / 20 / Rest) - Antrag ist angenommen -

- 00:00 Beendung der Sitzung. Verbliebene TO Punkte werden vertagt auf fortsetzende Sitzung. -

Ende 00:00 Uhr

Fortsetzung der 2. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 21.06.2018

Beginn: 18:50 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

**Ort: Raum 0'110, Erwin-Schrödinger-Zentrum, Rudower Chaussee 26, Adlershof
(Protokoll der Fortsetzung der Sitzung weiter unten)**

Informationen des Präsidiums

Präsidium begrüßt zur Fortsetzung der 2. Sitzung

5.6 Finanzreferat: Beitragserhöhung

João (Finanzreferat): stellt den Antrag vor. Die Beitragsänderung soll sich aus in Zukunft zu erwartenden Entwicklungen rechtfertigen, weniger aus der Vergangenheit. Zum wesentlichen Punkt der Gehälter der bei uns angestellten studentischen Beschäftigten: die Universität bekommt für die Mehrkosten bei Erhöhung des Stundenlohns einen höheren Zuschuss durch das Land Berlin. Das StuPa muss die Erhöhung selbst finanzieren.

Weiterer Punkt ist die Rechtsberatung im SSBS, hier sind die anwaltlichen Beratungen stark ausgelastet. Weiterhin hat speziell die Bafög-Beratung viel Besuch, weswegen weitere Stellen dort notwendig sind. Seit der letzten Beitragsänderung 2015 kam auch die Aufwandsentschädigung für das StuPa-Präsidium als dauerhafte Ausgabe hinzu.

Als letzter Punkt wird die Bafög-Änderung im Jahr 2019 zusätzliche Ausgaben für das StuPa bedeuten, da die Aufwandsentschädigungen an den Höchstsatz dort gekoppelt sind.

David (RCDS): hat bereits über die sozialen Netzwerke angekündigt: wir haben hier eine Mafia, weil einige Kommilitonen, weil einige Personen sich die Ämter gegenseitig vergeben. Damit verfügen sie über Wahltermine und haben das StuPa zum Notar gemacht. Früher musste das StuPa die Referate der besonderen Referate wählen, heute ist es nur Notar. Das StuPa ist geschwächt, und die Kontrolle durch das StuPa wird verhindert. Stellt die Frage, ob alle Studenten die Bezahlung der Angestellten des StuPa finanzieren müssen, wenn sie keinen Zugang zu Informationen zu Wahlen und zu Sitzungen haben. Wir müssen als StuPa diese Mafia nicht unterhalten. Die Mafia geht über das StuPa hinaus. Es gibt eine WG, die über die Hochschulpolitik im Studentenwerk entscheidet. Da wohnt ein Vertreter des Verwaltungsrat des StuWe von der TU und auch jemand von der HU, die die jetzigen Vertreter_innen vorgestellt hat. Bin dagegen, den Beitrag zu erhöhen.

João (Finanzreferat): kann nur auf Fragen zur Beitragserhöhung eingehen. Die Aufwandsentschädigung ist Teil der Satzung der Studierendenschaft.

Laura (StupaProg): hat zwei Fragen. Zur Bafög-Erhöhung: es werde ein hoher einstelliger bis zweistelliger Betrag empfohlen, warum werden das dann 65 Euro. Zweite Frage zur Herkunft der Zahl 13,50 Euro.

João (Finanzreferat): das zum Bafög ist nur geschätzt, da das noch im Gesetzgebungsprozess. Wir gehen davon aus, dass das in ähnlicher Höhe wie bei der letzten Änderung 2015 ist, als es 65 Euro war. Zum neuen Stundenlohn nach TV Stud III, das ist ebenfalls geschätzt als Wert zwischen 12,50 und 14 Euro.

Dominik (LHG): Dynamisierung des neuen Vertrags TV Stud. Es wird ja progressiv für 5 Jahre lang erhöht. Was macht das StuPa mit dem Geld, das dann sozusagen übrig ist, wenn es ja bereits da ist, obwohl der Betrag noch nicht bei dem Höchstbetrag angekommen ist. Beitragsänderung

könnte ja jährlich erfolgen. Notwendige Kosten zum Ausbau der Rechtsberatung: durchschnittlich 2,5 Stunden sind berichtet, warum werden 3,5 Stunden angesetzt. Dritter Punkt, bin ja von der LHG, wir sollten nach Möglichkeiten zum Einsparen suchen. Es geht um das Geld der Studierenden, das heißt wir müssen das einzahlen. Es sollte klar sein, warum es genau 1,40 Euro mehr sein sollen.

João (Finanzreferat): zur Frage nach dem progressiven Beitrag: wir werden rückwirkend etwas bezahlen müssen. Rechtsberatung: die 2,5 Überstunden sind derzeitiger Stand jeweils in Mietrechtsberatung und Sozialrecht, mit den 3,5 Stunden wird da nachgeholfen. Zur Frage nach Sparmöglichkeiten: im Unterschied zu den anderen Studierendenschaften (TU, FU) haben wir bisher einen geringeren Beitrag, zusätzlich auch nur bei uns das Fachschafts-Drittel im Haushalt. Im Finanzreferat können wir nicht vorschreiben, wo jemand sparen sollen, sondern wir setzen Beschlüsse der Organe um. Wenn Vorschläge zur Kürzung gebracht werden, ließe sich das umsetzen. Die Neueinrichtung von Stellen hat ja das StuPa beschlossen.

Dominik (LHG): sieht es als Aufgabe des Finanzreferats an, Sparvorschläge zu machen. Wir werden uns das nochmal ansehen. Nachfrage zum Beitrag TV Stud, der sich entwickelt.

João (Finanzreferat): Wenn der Stundenlohn einmal über 13,50 hinausgehen wird, werden wir erneut über den Beitrag reden. Bis dahin reagieren

Nikita (Gast): wenn der Beitrag erhöht wird wegen des TV Stud, warum koppeln wir den Beitrag nicht auch an den Stundenlohn.

João (Finanzreferat): das ist denkbar, aber dann schreiben wir zukünftigen StuPas immer wieder verschiedene Beiträge vor. Zieht es vor, das einmal festzulegen. Es ist demokratischer, dass Beitragsänderungen im Parlament besprochen werden.

Laura (Präsidium): Mitteilung über Schließen der Redeliste nach dem nächsten Redebeitrag wegen Quotierung, es haben drei Männer gesprochen.

Kim (PoS): stelle GO-Antrag zur Wiederöffnung der Redeliste.

Keine Gegenrede, Redeliste ist wieder geöffnet.

Nikita (Gast): wir sollten so gut es geht, die Entscheidung zur Änderung des Beitrags selten halten. Wenn es eine Änderung an dieser Ansicht gibt, kann das ja wieder anders beschlossen werden.

João (Finanzreferat): werde es für Nachfolger_innen notierne.

Kim (PoS): erstens: was passiert, wenn TV Stud nur 13 Euro ergibt. Zweitens, was passiert mit dem überschüssigen Geld des Haushalts?

João (Finanzreferat): zum Überschuss muss etwas Haushalts-Theorie sein. Wir erhalten die Beiträge ja nicht zum 1. Januar, daher wird der Überschuss in den ersten Monaten des Folgejahres verwendet. Diese Ausgaben geschehen entsprechend den Beschlüssen des StuPa. Zur Frage Höhe TV Stud, spätestens 2019 oder 2020 wird der Beitrag auf über 12,50 steigen, daher wird sich die Frage nicht stellen.

Laura (SHL): finde die Argumentation sehr nachvollziehbar. Stellt die Idee vor, eine Rundmail an alle Studierenden zu schreiben mit der Frage, ob sie die Idee der Beitragsänderung für gut halten, weil es ja alle einzeln betrifft.

João (Finanzreferat): weiß nicht, ob eine Rundmail gesendet werden kann. Die Änderung des Beitrags ist eine parlamentarische Aufgabe, das sollte das StuPa auch bei sich behalten.

Andreas (LiLi): es ist bei Online-Umfragen ist es meist so, dass sich nur die melden, die es schlecht finden. So wird sich das auch hier entwickeln.

João (Finanzreferat): fragt nach weiteren Fragen. Es ist ja Zeit bis zum 2. Juli, sich Fragen auszudenken und beim Finanzreferat anzufragen. Bestenfalls ein Termin außerhalb der Sprechstunde, weil in der Sprechstunde beraten wird.

5.7 Referat für Internationales: Solidaritätserklärung

Fabio (Referat Internationales): entschuldigt sich, ist krank. Die Erklärung hat sich eigentlich als gegenstandslos entwickelt, weil die Rede am 30.05. bereits passiert ist. Daher gibt es nun eine geänderte Version mit neuem Inhalt am Ende. Weitere Erläuterungen zu Wahlen und zur Situation in Thailand, was die Oppositionellen dort betrifft. Es wurden weitere Anklagen mit drohenden jahrelangen Haftstrafen erhoben. Bittet um Zustimmung zum Antrag.

Abstimmung: viele / 0 / 0 – Antrag einstimmig angenommen.

„Nachdem zuletzt Fotografien auftauchten, die insgesamt 25 verschiedene Luxusuhren am Handgelenk des thailändischen Verteidigungsministers im Wert von über einer Million Dollar zeigten, regt sich vermehrt studentischer Widerstand gegen das thailändische Militärregime.

„Die Prayuth-Regierung ist moralisch bankrott“, schrieb der Politologe Thitinan Phongsudirak von Bangkoks Chulalongkorn-Universität in der Zeitung „Bangkok Post“ angesichts einer Serie von bizarren Entschuldigungen für Korruptionsskandale, „Man kann ihr nicht mehr trauen.“

*Seit einem Putsch im Jahr 2014 wird Thailand von einer Militärjunta regiert. Sie verkündete zwar, dem Land "Frieden, Ordnung und echte Demokratie" bringen zu wollen. Die versprochenen demokratischen Wahlen lassen jedoch seit nunmehr vier Jahren auf sich warten und wurden kürzlich erneut auf das Frühjahr 2019 verschoben. Dafür geht die Militärregierung unter General Prayuth Chan-ocha jetzt restriktiv gegen studentische Aktivist*innen vor.*

*Bis April 2018 wurden schwere Anklagen gegenüber 100 Demonstrant*innen erhoben, die meisten von ihnen Studierende, die ab dem 27. Januar 2018 in Bangkok für Demokratie und Wahlen auf die Straße gegangen waren. Der Vorwurf lautete sinngemäß Volksverhetzung sowie Verletzung des herrschenden Verbots politischer Zusammenkünfte von mehr als fünf Personen. Den Angeklagten drohen nun aufgrund ihrer Beteiligung an der Demonstration sieben bis neun Jahre Haft und 40 weiteren Personen drohen kleinere Strafen. Unter ihnen befindet sich auch der 21-jährige Netiwit Chotiphathaisal. Er wurde 2017 zum Präsidenten des Studierendenparlaments der ältesten und renommiertesten Universität Thailands, der Chulalongkorn Universität, gewählt. Er und seine Kommiliton*innen gründeten 2012 die Thailand Education Revolution Alliance (TERA), eine Organisation zur Reform des Bildungswesens im Land. In Folge ihrer Aktivitäten gehören sie nun zu den bekanntesten Gesichtern der thailändischen außerparlamentarischen Opposition.*

Nachdem ihm vorgeworfen wurde, an der zum Semesterstart obligatorischen Zeremonie im strömenden Regen zwar die obligatorische Verbeugung und Niederwerfung vor den Statuen der Könige Rama IV. und V. ordnungsgemäß ausgeführt, die Zeremonie jedoch vorzeitig verlassen zu haben, wurde er seines Amtes enthoben. Thailand hat eine der strengsten Lèse- Majesté-Gesetze der Welt. Es wird regelmäßig als politisches Mittel zur

Einschränkung der Meinungsfreiheit eingesetzt.

In einem auf seinem Blog veröffentlichten Statement zu den aktuellen Inhaftierungswellen hält Chotiphatphaisal fest: „[...] if it was wrong for citizens to question what the authorities do with the taxes we paid and if asking or question out loud could get us in trouble, then I don't think that we should let this kind of people rule our country."

*"I also believe that it's the rights of citizen to participate in politics and to determine the future of their country, without having to be afraid of anything." Im Zuge der Demonstrationen vor der Thammasat-Universität in Bangkok zum 4. Jahrestag des Militärputsches am 22. Mai 2018 wurden gegen Chotiphatphaisal und 61 andere Aktivist*innen jüngst weitere Anklagen erhoben. Ihnen soll nun demnächst der Prozess gemacht werden.*

*In der Hoffnung, dass auch die thailändische Junta realisiert, dass Freiheit immer auch Freiheit der Andersdenkenden heißt, rufen wir, das StudentInnenparlament als gewählte Vertreter*innen der Studierendenschaft der HU, Universitätsleitungen und Studierendenvertretungen dazu auf, sich mit Netiwit Chotiphatphaisal zu solidarisieren und fordern die Junta auf, die Anklagen fallen zu lassen.*

6 Sonstiges

Kim (PoS): möchte dem Präsidium danken, dass es die Sitzung in Adlershof ermöglicht hat. Das ist wohl die erste seit 15 Jahren. Wir sind 52 Leute im Raum einschließlich Gästen. Adlershof interessiert sich also für Hochschulpolitik. Es wäre sinnvoll, jährlich eine Sitzung zu machen. Danke auch an alle, die gekommen sind.

Niklas (PoS): es scheint eine produktive Umgebung zu sein, denn es ging ja schnell. Hat sich gewundert, dass es nur eine Fortsetzung der alten Sitzung war. Meint, dass das nicht korrekt war, wenn die alte Sitzung vertagt wurde, dass keine neuen Anträge zugelassen wurde. Nächstes Mal sollte es in Adlershof eine reguläre Sitzung sein und bei Vertagung sollte es dann eine neue Sitzung sein.

Laura (Präsidium): nochmal zur Sicht des Präsidiums. In der letzten Sitzung wurde nicht beantragt, die Tagesordnungspunkte zu vertagen, sondern die Sitzung wurde vertagt durch Ende der Sitzung. Das war für uns auch neu und wir haben uns anwaltlichen Rat geholt, der diese Fortsetzung so empfohlen hat. Auf diese Vertagung nur der Tagesordnungspunkte wurde auch auf der letzten Sitzung am Ende so angesagt, aber zu der Zeit gab es auch viele Zwischenrufe. Wir wollten uns regelkonform verhalten und sind daher dem Anwalt gefolgt.

David (RCDS): wir haben ja auf der letzten Sitzung mitbekommen, dass der Rausschmiss durch die Uni aus dem Sitzungssaal nicht die korrekte Information war. Das war eine Lüge. Glaubt, dass hier manipuliert wird.

Jakob (LuSt): in Adlershof wurde im Rahmen des vom StuPa unterstützten Projekts Studentisches Begegnungszentrum Prüfstand (MoPS) in der Woche vom 4. bis 8. Juni eine Selbsthilfe-Fahrradwerkstatt angeboten. Das Projekt wird jetzt weitergeführt, alle können gern mitmachen und ihre Fahrräder vorbei bringen.

Michi (queerfem-Referat): möchte eine Veranstaltung ankündigen, es geht um trans-inter-Diskriminierung an der Hochschule, in zwei Wochen ist eine Informationsveranstaltung und Vernetzungstreffen. Da gibt es ja sicher in allen Studiengängen Betroffene. Bitte sagt es weiter.

Kim (PoS): morgen ist im Mops bzw. der Röhre das Bergfest, alle sind herzlich eingeladen.

Termin der nächsten Sitzung: 02. Juli 2018, HS 2097

Für die Richtigkeit: Das Präsidium.

Darstellung der Ergebnisse: Ja / Nein / Enthaltungen (/ Ungültige)

Protokoll der Diskussionen teilweise gekürzt.

Ende: 19:32 Uhr.